

Die soziale Macht des Christlichen. Über die Tiefengrammatik unseres Sozialstaats

Vortrag von Eva M Welskop-Deffaa
zur Eröffnung des Herbstprogramms der Katholischen Akademie
Dresden, 27. August 2025

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gäste der Katholischen Akademie,
liebe Frau Dr. Irrgang,

herzlich danke ich für die Einladung, in diesem Jahr das
Herbstprogramm der Katholischen Akademie in Dresden mit einem
Vortrag zu eröffnen.

Und ich danke dafür, das unter einer Überschrift tun zu dürfen, die an
einen Artikel von mir zur Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung aus der
Herder Korrespondenz¹ anknüpft. Ich freue mich, auf diese Weise an die
Untersuchung erinnern zu können – sie ist unbedingt eine der
wichtigsten Quellen, um die Situation der christlichen Kirchen und der

¹ Eva M. Welskop-Deffaa, Die soziale Macht des Christlichen. Widersprüche und Paradoxien der sechsten Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung, Herder Korrespondenz 3/2025, S. 30-32. Der Titel meines Artikels war seinerseits dem Titel eines Buchs entlehnt, in dem Karl Gabriel hochspannend große Linien der europäischen Sozialstaatsentwicklung nachzeichnet: „Die soziale Macht des Christlichen. Religion und Wohlfahrt in Deutschland und Europa, Frankfurt 2024“.

Christinnen und Christen in Deutschland heute richtig einschätzen zu können, und sie sollte keinesfalls in der Versenkung verschwinden – im Gegenteil immer wieder genutzt werden, um dem nachzuspüren, was uns gegen alle Säkularisierungs- und Ohnmachtserfahrung Mut machen kann: das bemerkenswerte Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere sozialen Dienste, die große Erwartung, dass Kirche in Notsituationen mit Rat und Tat zur Stelle sein möge, das deutlich überdurchschnittliche ehrenamtliche Engagement derer, die religiös beheimatet sind.... Die Studie mit Sinn und Verstand immer wieder neu zu studieren und daraus Ermutigung für die soziale Macht des Christlichen zu ziehen, ist etwas, für das ich gerne immer wieder werbe – auch heute hier in Dresden.

Und dennoch geht es hier und heute nicht um den Blick nach innen. Mit dem „bewährten“ Titel – und der ihm hinzugefügten Unterzeile – richten wir heute den Fokus auf **Grundsatzfragen des Sozialstaats und seine Voraussetzungen** und wir sind damit – wie der Kalender des „politischen Berlin“ zeigt – unmittelbar in den aktuellen Debatten dieser Tage angekommen.

Anders formuliert: Die Katholische Akademie in Dresden eröffnet ihr Herbstprogramm genau zum gleichen Zeitpunkt, an dem „Berlin“ in den politischen Herbst startet.

Gestern erst waren die Unionsspitzen ins Kanzleramt eingeladen, um den „**Herbst der Reformen**“ vorzubereiten, morgen treffen sich die Koalitionsvorstände mit dem gleichen Programm.

Der Bundeskanzler hat in den letzten Tagen gleich mehrere Anlässe genutzt, um deutlich zu machen, um was es (ihm) dabei geht – um **tiefgreifende Reformen des Sozialstaats**.

Er wolle es der SPD da „bewusst nicht leicht machen“. Und durch Begriffe wie „Sozialabbau“ und „Kahlschlag“ werde er sich nicht irritieren lassen – so Friedrich Merz zuletzt beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung am Wochenende.

Die Zukunft des Sozialstaats steht also unübersehbar auf der Tagesordnung. Um ihn erfolgreich zu reformieren, wird man seine aktuellen Herausforderungen – namentlich die demographischen Kippunkte, vor denen wir stehen – klug bewerten, vor allem aber ihn selbst, seine Logiken und sein Gewordensein richtig verstehen müssen.

Wer mit Sozialstaatsreformen nicht die Zerstörung des Sozialstaats meint, sondern den sozialen Rechtsstaat erfolgreich erneuert in die Zukunft führen will, wird bei den Neuordnungen und Umgestaltungen seine Gesetzmäßigkeiten und Aufbauprinzipien beachten müssen: die **Tiefengrammatik des Sozialstaats**, die ihn trägt.

Darum geht es heute Abend.

Nach einigen grundsätzlichen Vorbemerkungen (1) möchte ich zwei Grünphasen der Geschichte unseres Sozialstaats näher anschauen (2) und betrachten, wie und warum sich weichenstellende Entscheidungen ohne die Macht des Christlichen nicht verstehen lassen.

Im dritten Abschnitt (3) komme ich auf die aktuellen Herausforderungen zu sprechen und frage, was – namentlich auch von uns als Caritas und

Kirche – in dieser Tradition zu erwarten sein sollte, damit die anstehenden Reformen des Sozialstaats zum Erfolg führen.

Ein kurzes Fazit schließt den Vortrag ab.

(1) Der Sozialstaat als Kultur²

Das Interesse an dem, was in der Unterzeile des Titels meines heutigen Vortrags angesprochen ist – an der „**Tiefengrammatik des Sozialstaats**“ – verdankt sich ganz wesentlich Franz-Xaver Kaufmann, dem Doyen der deutschen Sozialstaatsforschung, der die **Soziologie des Wohlfahrtsstaates** begründete und bis zu seinem Tod – über 90jährig im vergangenen Jahr – maßgeblich prägte.

Anders als viele Ökonomen, die allzu oft technisch-mechanisch auf Einnahmen- und Ausgabenströme der Sozialversicherungen oder auf die Anteile sozialer Aufgaben am Bundeshaushalt blicken und die Reformen als Modifikation von Beitragssatzformeln interpretieren, hat sich Kaufmann die Neugier für Grundsatzfragen ein Leben lang erhalten.

Bis zuletzt bewahrte er sich die Offenheit dafür, den Sozialstaat (westeuropäischer Prägung) keineswegs als gottgegeben anzusehen – offenkundig ist die Entscheidung für die Einführung sozialstaatlicher Institutionen **nicht** nur und keinesfalls zuerst davon abhängig, dass in der jeweiligen Volkswirtschaft finanzielle Ressourcen für eine politisch gesteuerte Umverteilung und Risikoabsicherung ausreichend vorhanden sind.³

² Franz-Xaver Kaufmann, Sozialstaat als Kultur: Soziologische Analysen II, Wiesbaden 2015.

³ Kaufmann, aaO, S. 21.

Im Gegenteil: Ein Wohlfahrtsstaat entsteht dann (und nur dann), wenn eine Gesellschaft (oder mindestens ihre wesentlichen politischen Entscheidungsträger_innen) davon überzeugt sind, dass das Wohlergehen der Einzelnen zu bedeutsam ist, um es bloßen Gepflogenheiten oder informellen Arrangements zu überlassen, und es stattdessen Anliegen guter Regierung zu sein habe.⁴

Eine solche Überzeugung fällt nicht vom Himmel, sie ist alles andere als voraussetzungslos und sie setzt die politischen Entscheider im Folgenden unter einen permanenten Anpassungsdruck, da die durch das Konzept des Sozialstaats erzeugten Erwartungen mit jeder Krise und jeder gesellschaftlichen Entwicklung immer wieder neue Anstrengungen erfordern. Den Sozialstaat prägt eine Art innerer Dynamik, die durch die letztlich unlösbare Spannung zwischen sozialstaatlichem Anspruch und sozialer Wirklichkeit entsteht.⁵

Dem **dynamischen Phänomen** des Sozialstaats wird nur gerecht werden, wer ihn als „**kulturellen“ Prozess** ernst nimmt: Institutionelle Gegebenheiten (policies), politische Auseinandersetzungen (politics) und ideelle Maßstäbe, die die Situationsanalyse bestimmen (political ideas), wirken in diesem Prozess in vielfältiger Weise zusammen.

Es sind nicht zuletzt die ideellen Maßstäbe, die Eigen-Arten oder kulturellen Wertebzugspunkte, die die Erfolgswahrscheinlichkeit – die gesellschaftliche und politische Zukunftsfähigkeit – des Sozialstaats bestimmen: Eigenarten, die Kaufmann für Deutschland mit einer –

⁴ Von dieser Beschreibung Harry K. Girvetz` meint Kaufmann, sie sei der von ihm selbst am häufigsten zitierte Satz.

⁵ Kaufmann verweist dazu auf den Münchener Sozialrechtsforscher Hans F. Zacher, der bereits 1977 auf diese Problematik aufmerksam machte.

religiös fermentierten – Tiefengrammatik des Wohlfahrtsstaats verbunden sieht.

Wie Kaufmann, so verwenden auch Karl Gabriel und andere Sozialethiker die Begrifflichkeit von der Tiefengrammatik als Zitat aus der Linguistik vor allem, um die religiösen und kirchenpolitischen Voraussetzungen anzusprechen, denen sich die Entstehung und Prägung unseres Wohlfahrtsstaates verdankt:

„Unübersehbar ist, dass die normative „Tiefengrammatik“ des modernen Wohlfahrtsstaates in hohem Maße, wenn auch in hochgradig diffuser Weise, durch religiös vermittelte Wohlfahrtsimpulse und Wertemuster geprägt worden ist,“ formuliert etwa Hans-Richard Reuter, der im Rahmen des Münsteraner Exzellenzclusters „Religion und Politik“ den fortbestehend großen Forschungsbedarf beschreibt.⁶

Ich selbst habe mich vom Begriff der Tiefengrammatik (erst) begeistern lassen, als ich nachvollzog, dass und wie er durch den großen US-amerikanischen Sprachwissenschaftler Noam Chomsky und sein Konzept der „generativen Grammatik“ inspiriert ist. Chomsky geht – kurzgefasst – davon aus, dass die Fähigkeit, Wortmaterial grammatisch korrekt zu Sätzen zu verarbeiten, auf Anlagen beruht, die zum genetischen Erbe der Menschheit gehören. Im Prozess des Spracherwerbs erweitert sich die Sprachkompetenz eines Kindes nicht allein im Nachsprechen dessen, was es in seiner Umgebung aufnimmt – Kinder bilden Sprache nicht nur als Antwort, sondern zugleich über die ererbten Anlagen aus. In der Sprache werden damit über die generative „Tiefengrammatik“ vorgeprägte Regeln strukturell wirksam, die von

⁶ Hans-Richard Reuter, Die religiöse Tiefengrammatik des Sozialen, Institut für Ethik und angewandte Sozialwissenschaften, www.uni-muenster.de.

entscheidender Bedeutung für die Ausdrucksfähigkeit und die richtige Verknüpfung der vorgefundenen Wörter sind.

Sicher darf man die Parallele der Sozialstaatsentwicklung zu Chomskys Spracherwerbstheorien nicht überstrapazieren. Aber die Einsicht, dass ein Sozialstaat auf strukturell prägenden Voraussetzungen beruht und er nicht ohne Rücksicht auf diese Voraussetzungen reformierbar ist, dass er bestimmte Strukturen ausbildet und ausbilden muss, weil diese auf notwendige vorgelagerte Dispositionen antworten, ohne die er per se nicht denkbar und gestaltbar ist, verändert grundlegend den Blick auch auf aktuelle Sozialstaatsdebatten. Sie hilft nicht nur bei der Antwort auf die Frage, wie und unter welchen Umständen Gesellschaften jene Überzeugungen ausbilden, die sich in sozialpolitischen Institutionen materialisieren, sondern sie befördert zugleich den Diskurs über die Reformmöglichkeiten und -notwendigkeiten des Sozialstaats, indem sie ihn auf kulturelle Kontexte fruchtbar bezieht.

Zur Tiefengrammatik des Wohlfahrtsstaates gehören als wichtigste Elemente die je verschiedenen Auffassungen von politischer Ordnung und Vorstellungen einer „guten Gesellschaft“. Ohne ihnen nachzuspüren, bleiben Reformdebatten entkernt und Reformvorschläge letztlich zum politischen Misserfolg verdammt.

Tiefengrammatik ist allerdings – und das wird im Folgenden deutlich werden – als das „Verbogene“ letztlich nur anhand der Oberflächenphänomene aufspürbar, hinter denen die Tiefengrammatik aufscheint – als etwas Eingegrabenes, als etwas Vorauszusetzendes, als Weiter-Prägendes und Lebens-Notwendiges. Das unter der Oberfläche Liegende bleibt ein Stück weit hypothetisch, es anzuerkennen setzt eine gewisse Bereitschaft und vielleicht auch eigene

Erfahrung voraus, die das Beobachtbare mit dem Nicht-Beobachtbaren in Beziehung setzen lässt.

Wo die **Erfahrung des religiös begründeten sozialen Zeugnisses tätiger Nächstenliebe** fehlt, so fürchte ich, geht bald das semiotische Verständnis der Tiefengrammatik, nach und nach aber auch das Verständnis für die Plausibilität der gefundenen sozialstaatlichen Lösungen verloren.⁷

Ein christlich geprägter Sozialstaat in einer säkularen Welt ist etwas Verletzliches, das nicht allein dadurch bewahrt werden kann, dass die nächsten Reformen systemlogisch sind.

Es braucht eine zukunftsfähige Gesetzgebung zur Reform der Sozialversicherung **das Tun der konfessionellen Wohlfahrtspflege** – nicht nur, weil die Leistung der Sozialversicherungen komplementär auf die Leistung der sozialen Infrastruktur angewiesen ist (was wäre die Pflegeversicherung ohne die stationäre und ambulante Altenhilfe, in der die von ihr finanzierten Leistungen erbracht werden?); und es ist sie nicht nur auf ihre kompetente anwaltschaftliche Interessenvertretung angewiesen, wenn es – wie jetzt – im Zukunftspakt Pflege um praxistaugliche Lösungen geht, sondern es ist die Zukunft der sozialen Institutionen des Sozialstaats (insbesondere auch) davon abhängig, dass die konfessionelle Wohlfahrtspflege als Ort des Erlebens „sozialen Tuns aus freien Stücken“ erfahrbar bleibt.

„Dass es das noch gibt?!“ – die staunend bewundernde, dankbare Haltung derer, die zum Beispiel in der Bahnhofsmission ein offenes Ohr und eine Tasse Kaffee erhalten, weil Menschen im Ehrenamt ihre Zeit

⁷ Zum Zeugnis tätiger Nächstenliebe in unserer säkularen Welt s. zuletzt besonders spannend Christine Siegl, Praxis Bahnhofsmission. Eine ethnographische Untersuchung diakonischer Hilfe am Bahnhof, Stuttgart 2024.

dem Nächsten so schenken, wie sie es als Auftrag des Evangeliums für sich verstanden haben.

(2) Die religiöse Prägung des deutschen Wohlfahrtsstaates in den ersten beiden „Grünphasen“ seiner Entwicklung

Der deutsche Sozialversicherungsstaat⁸, um dessen Tiefengrammatik es uns geht, hat (mindestens) zwei „Geburtsstunden“ und fußt entsprechend auf mindestens zwei – christlich beeinflussten – Paradigmen-Entscheidungen: eine im Kaiserreich und eine in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts. Sie folgten jeweils ganz konkreten historischen Herausforderungen und (!) christlich geprägten Vorstellungen von einer guten Gesellschaft.

2.1. Die erste „Grünphase“ des Sozialversicherungsstaats liegt im Bismarckschen Kaiserreich. Reichskanzler Bismarck versuchte nach außenpolitischen Erfolgen die Macht des preußischen Staates im Innern (zuerst) mit allen Instrumenten der Repression gegen Katholiken und Sozialisten zu sichern und zu stärken. Die Geschichte des Kulturkampfs und der Sozialistengesetze ist immer wieder spannend zu erinnern...

Es ist vor allem Ludwig Windhorst, der wichtigsten Integrationsfigur des politischen Katholizismus im Kaiserreich, (und seiner vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler)⁹ zu verdanken, dass mitten in diesen kämpferischen Wirren eine

⁸ Der deutsche Wohlfahrtsstaat ist natürlich mehr als der Sozialversicherungsstaat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werde ich mich hier auf den Sozialversicherungs-Teil konzentrieren.

⁹ Eine instruktive Zusammenfassung des Wirkens Windhorsts findet sich auf der Seite der Konrad-Adenauer-Stiftung (www.kas.de) unter der Rubrik „Geschichte der CDU“.

Sozialversicherungsgesetzgebung gelang, die gleichermaßen weit entfernt war von einer staatlichen Fürsorge zur Zähmung des Proletariats (wie sie Bismarck ursprünglich vorschwebte) und einem naiven zum Scheitern verurteilten Vertrauen auf die Vorsorgefähigkeiten des Einzelnen, wie sie von liberalen Ökonomen befürwortet wurden.

Was entstand, war eine **Versicherungspflicht** (der Arbeiter) gegen Grundrisiken des Lebens verbunden mit einer Verantwortung des Staates für deren möglichst effiziente (teil-föderale) Organisation als Sozialversicherung auf nationaler Ebene.

„Die Sozialversicherungen knüpften im Kaiserreich an den Risiken von Krankheit, Invalidität und Alter für Arbeiter und deren Familien an, sollten sie vor dem Ruin schützen und gleichzeitig ihre Integration in den jungen Staat fördern.“¹⁰

Zu den kulturellen Voraussetzungen dieses weltweit erstmaligen Durchbruchs zu einer rechtsverbindlichen zentralstaatlichen Bearbeitung von Notlagen der Staatsbürger zählt Karl Gabriel die „wirkmächtigen Bilder“ aus der Erinnerungskultur des Christentums:

„Zum kollektiven Gedächtnis der vom Christentum geprägten Gesellschaften gehört ... die biblische Erzählung vom Samariter, der sich über die ethnische Grenze hinweg dem in Not geratenen Fremden zuwendet und eine effektive Hilfe für ihn organisiert.“¹¹

Die Balance, die zwischen staatlicher Verantwortung einerseits und subsidiärer Verantwortung des Einzelnen und der kleinen Gemeinschaften andererseits gefunden wurde, verdankt sich den

¹⁰ Karl Gabriel, Die soziale Macht des Christlichen, Frankfurt 2024, S. 29.

¹¹ Karl Gabriel, aaO, S. 30f.

Vorbehalten der katholischen Akteure gegenüber einem preußischen Etatismus ebenso wie der Akteurs-Konkurrenz zwischen „Sozial-Papst“ und „Sozial-Kaiser“:

Die kaiserliche Botschaft von 1881 enthielt die ausdrückliche Selbstverpflichtung, Hilfsbedürftigen größte Sicherheit und Energie des Beistands, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen; Papst Leo XIII. dagegen begründete eine christliche Sozialverkündigung, die mit der Enzyklika Rerum Novarum die Verantwortung der Kirche für die „Arbeiterfrage“ ausführlich beschrieb und legitimierte.¹²

Bis heute liegt in der Balance des zwischen Bismarck und Windhorst gefundenen Kompromisses das Erfolgsrezept des deutschen Sozialversicherungssystems – und ihm ist viel mehr „kulturelles Christentum“ eingegraben, als der angesprochene Wettstreit zwischen Kaiser und Papst auf der Oberfläche sichtbar macht. Die Balance der Verantwortung für die „soziale Frage“, die Wilhelm Emmanuel von Ketteler in seinen Adventspredigten erstmals ansprach und die sich in der Aufgabenteilung zwischen staatlichen Akteuren und zivilgesellschaftlichen Initiativen – den christlichen Arbeitervereinen ebenso wie Diakonie und Caritas konkretisierte¹³ – ließ dem „Nachtwächterstaat“ keine Chance und gab mit der Beitragsverpflichtung der Arbeiter zugleich einem **Menschenbild** Ausdruck, das **nicht auf Abhängigkeit von (öffentlicher) Fürsorge, sondern auf Selbstsorge und Solidarität** setzte.

¹² Kaufmann, aaO, S. 38 und Gabriel, aaO, S. 33.

¹³ Marianne Heimbach-Steins, Sozialethische Spurensuche, in: dies. u.a., Christliche Sozialethik. Ein Lehr- und Studienbuch, Regensburg 2022, S. 91-104, 103.

Die Grundidee ist bis heute bewahrt, allerdings vielfältig missinterpretiert und politisch überformt worden. Anstelle einer solidarischen Versicherungspflicht (mit unterschiedlichen Absicherungsgraden und gestaffelten Beitragspflichten) wurde die Sozialversicherung nicht zuletzt durch die ihrem wahlerfolgsorientierten Eigeninteresse folgenden Politiker mehr und mehr zu einer Garantie (wachsender) staatlicher Leistungen mit korrespondierender Beitragserwartung, die in der Wahrnehmung der handelnden Politiker ebenso wie der Versicherten das Element der Eigenvorsorge als Charakteristikum der Sozialversicherung in den Hintergrund drängte.

2.2. Die zweite Zäsur der deutschen Sozialstaatsgeschichte, die zu betrachten sich im heutigen Zusammenhang lohnt, ist die in den Adenauer-Jahren durchgesetzte **Umlagefinanzierung** der Rente als effiziente, generationengerechte Form der Finanzierung von Sozialversicherungsleistungen in einer wachsenden Wirtschaft. Die Umlagefinanzierung schuf in Ablösung des Anwartschaftsdeckungsverfahrens Freiräume für privates Sparen und verzichtete auf Risiken der Anlage großer Summen durch öffentliche Hände. Vor allem aber machte sie es möglich, in der Wirtschaftswunderzeit die Entkopplung der Alterseinkommen von den Arbeitseinkommen zu überwinden und löste damit eine Gerechtigkeitsfrage, die für die junge Republik ein Jahrzehnt nach Ende des Krieges zu einer ernsten Zerreißprobe zu werden drohte. Die Leistungen der Alten, deren Schuldverstrickung in den Nationalsozialismus so verhängnisvoll über dem Wirtschaftswunderglück lastete, das sich seinerseits ihrem Aufbauwillen so wesentlich verdankte, mussten in der Alterssicherung eine angemessene Anerkennung finden!

Das in Krieg und Währungsreform vernichtete Vermögen der Rente durfte nicht als Argument dienen, um die Alten „in der Eiszwölfe“ auszusetzen, während die Jungen den wachsenden Wohlstand genossen.

Mit der Umlagefinanzierung erhielten die Alten Anteil am wachsenden Wohlstand und – was Oswald von Nell-Breuning, Nestor der katholischen Soziallehre im 20. Jahrhundert, schon damals betonte – die Umlagefinanzierung schuf auch die Voraussetzung, um im Augenblick der **Wiedervereinigung Deutschlands** die soziale Rentenversicherung sofort und ohne Umstände auf die bis dahin getrennten Teile Deutschlands übertragen zu können.¹⁴ Wir alle wissen – gerade hier in Dresden – wie segensreich und entscheidend diese Fähigkeit der Rentenversicherung für die Gestaltung der deutschen Einheit 30 Jahre später beim Fall der Mauer 1989 tatsächlich wurde.

Die 1957 gestaltete „dynamische“ oder „**Produktivitätsrente**“, die die Zusage der produktiven Generation umfasst, die nicht-mehr-produktive aus ihrem Arbeitsertrag zu versorgen und sie am wirtschaftlichen Aufstieg teilhaben zu lassen, verdankt sich den Überlegungen des damaligen Geschäftsführers des Bundes katholischer Unternehmer Wilfrid Schreiber¹⁵ einerseits, der Flankierung durch wichtige sozialethische Argumente nicht zuletzt Oswald von Nell-Breunings andererseits. Lange zögerte Bundeskanzler Adenauer, bevor er sich den „revolutionären“ Vorschlägen anschloss, die im Folgenden zum **Inbegriff**

¹⁴ Oswald von Nell-Breuning, Zur Diskussion um die Rentenreform – eine Rückschau, 1957, veröff. In, ders. Wirtschaft und Gesellschaft heute III, Freiburg 1960, S. 360-367, 366.

¹⁵ Die Verstrickungen Schreibers im Nationalsozialismus wurden erst sehr spät aufgedeckt, seinen Einfluss im Nachkriegsdeutschland wird man weiter als Einfluss der katholischen Verbände und christlich-sozialer Überlegungen werten.

der „Sozialen Marktwirtschaft“ der späten 50er Jahre wurden – sein Zögern zeigt mir, dass die Suche nach der Tiefengrammatik dieser Entscheidung andere Dimensionen christlicher Kulturprägung aufscheinen lässt als das bloße Wissen um die engen Verbindungen Adenauers zur katholischen Kirche und den starken Einfluss der Bischöfe auf die CDU-Regierungen der jungen Bundesrepublik.

Die mit den erheblichen Zusicherungen der dynamischen Rente an die Rentner verbundenen immanenten Anforderungen an die aktive Generation wurden in den Entscheidungsmonaten (vor der von der CDU schließlich mit absoluter Mehrheit gewonnenen Bundestagswahl 1957) allerdings weder von Adenauer noch von den Sozialpolitikern der Regierungskoalition so transparent kommuniziert, wie sich das Oswald von Nell-Breuning gewünscht hätte.

„Wäre das nicht eine einmalige und großartige Gelegenheit gewesen, echtes soziales Ethos in der Politik auszusprechen, in ganz großem Maßstab volkserzieherisch zu wirken, nicht nur, solange das Gesetz beraten wurde und die Entscheidung noch anstand, sondern auch über das Inkrafttreten des Gesetzes hinaus? Wäre dadurch nicht die Beitragszahlung zu einer immer wiederkehrenden praktischen Übung dieses sozialen Ethos erhoben worden? Hätte nicht eine dergestalt von der werktätigen Generation bewusst und frei selbst getroffene Entscheidung wohltuend wärmenden Sonnenglanz verbreitet über jene ‚Eiswüste unserer Renten‘, in der unsere Alten sich ausgesetzt fühlen. Zu wissen, dass die Rente, die man empfängt, von der jungen

Generation willig, dankbar und opferfreudig aufgebracht wird, würde viele Bitterkeit mildern.“¹⁶

Die Belastung der jeweils aktiven Generation und die Leistungen für die abhängigen Personen stehen in einem korrespondierenden Verhältnis, das die Ansprüche und Rechte der Aktiven (Gesunden) gegenüber denen der Alten (Kranken) **nicht priorisiert**.¹⁷

Bis heute ist auch diese Entscheidung eine Erfolgsgeschichte, die allerdings in Zeiten demographischer Umbrüche und wirtschaftlicher Stagnation nun die Bereitschaft der Leistungsberechtigten in Anspruch nehmen muss, ihre Leistungsansprüche nicht uneingeschränkt zulasten der Aktiven durchzusetzen.

Ebenso wenig wie 1957 die Beitragslasten der Jungen als Ausdruck „echten sozialen Ethos“ beworben wurden, wird 2025 die Diskussion um die Lastenverteilung zwischen Alt und Jung leicht eine Tonalität der ethisch begründeten Generationensolidarität finden. Die Debatte, die der so genannte **Boomer-Soli** ausgelöst hat, der vom DIW im Juli dieses Jahres vorgeschlagen wurde, vermittelte einen ersten Eindruck von dem, was uns bevorsteht, wenn wir im Herbst die Sozialstaatsdebatten unter den Vorzeichen des demographischen Wandels ernsthaft zu führen beginnen.¹⁸

¹⁶ Oswald von Nell-Breuning, aaO, 363.

¹⁷ Oswald von Nell-Breuning, aaO, 361.

¹⁸ „Boomer-Soli“ kann deutsches Rentensystem stabilisieren. Pressemitteilung des DIW vom 16. Juli 2025, www.diw.de.

(3) Voraussetzungen wohlfahrtsstaatlich erfolgreicher Reformen

Wie in den 1870ern und 1950er Jahren stehen aktuell erneut Grundsatzfragen der Sozialpolitik auf der Tagesordnung, die idealerweise (wieder) beides brauchen – eine gute Wahrnehmung der anstehenden Herausforderungen und (!) ein ausreichendes Verständnis der Tiefengrammatik unseres Sozialstaats.

Drei Voraussetzungen beschreibt Franz-Xaver Kaufmann in Schlussfolgerung seiner Analyse des „Sozialstaats als Kultur“, **um den Sozialstaat erfolgreich weiterzuentwickeln:**

1. das politische System ist zu einer wirkungsvollen umweltsensiblen Gestaltung der sozialen Ordnung fähig,
2. kulturelle Leitbilder legitimieren normative Verpflichtungen in Bezug auf eine tendenziell universalistische Solidarität,
3. es gibt Opportunitätsstrukturen, die illoyales Verhalten so sanktionieren, dass das Vertrauen in die soziale Ordnung erhalten bleibt.¹⁹

Das Christliche – den Auftrag der Christen und Christinnen in diesem Kontext – sehen wir, so scheint mir, recht selbstverständlich im zweiten Punkt: als Caritas und Kirche verstehen wir es regelmäßig als unsere Aufgabe, die **kulturellen Leitbilder zu stärken, die eine universalistische Solidarität²⁰** befördern. Wie wichtig das ist, spüren wir in diesen Tagen nicht nur mit Blick auf die USA und die Politik ihres Präsidenten sehr genau. Die christliche Imprägnierung des Sozialstaats

¹⁹ Kaufmann, aaO, S. 33.

²⁰ Zur Frage nach Solidarität als Menschheitsprinzip vgl. Eva M. Welskop-Deffaa, Globale Solidarität in Verantwortung vor Gott und den Menschen. Impuls auf der Jahrestagung des Deutschen Ethikrates, Berlin, 18. Juni 2025, abrufbar unter www.caritas.de.

hoffen wir dadurch erfolgreich zu stärken, dass wir die gleiche Menschenwürde aller betonen und uns Diskriminierungen - etwa nach Alter oder Ethnie – vernehmlich widersetzen.

Der moralische Überschuss, der auf diese Weise entsteht, steht allerdings nicht automatisch, so will mir scheinen, in einem direkten positiven Zusammenhang mit der Stärkung eines solidarischen Sozialstaats, zumindest dann nicht, wenn die beiden anderen Punkte vernachlässigt werden.

Die soziale Macht des Christlichen, von der die Tiefengrammatik unseres Sozialstaats so unmittelbar geprägt ist, wird sich gerade unter den aktuellen Bedingungen nur dann erneut segensreich entfalten können, wenn wir unseren Einfluss als Christinnen und Christen auch geltend machen, um für das politische System, in dem wir agieren, eine aktive Handlungsfähigkeit zu erhalten. Das erfordert 2025 unverkennbar andere Ideen und Aktionen als 1955. Die Handlungsfähigkeit ist durch neue Gefahren bedroht.

Besonders manifest ist die **Bedrohung durch einen Rechtspopulismus**, der alles daran setzt, die Handlungsfähigkeit der staatlichen Institutionen in Zweifel zu ziehen, die der „etablierten Parteien“ zu diskreditieren und die Gesellschaft zu spalten, indem gezielt jene Themen platziert werden, bei denen es natürliche Trigger-Spannungen gibt. Das gilt für die „Innen-Außen“-Arena, bei der die migrationsbedingten Gefahren und Kosten dramatisiert und überzeichnet werden, ebenso wie für die drängenden „Heute-Morgen“-Fragen, zu denen zuallererst der Klimawandel zählt.²¹

²¹ Steffen Mau u.a., Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin 2023.

„Dein Gewinn ist mein Verlust“ – vor allem mit dieser einfachen Botschaft gelingt es den Populisten die Handlungsspielräume angsteinflößend künstlich zu verengen. Sozialneid wird ebenso erfolgreich geschürt wie Zukunftsangst. Und das Vertrauen in den Staat, namentlich den Sozialstaat diffundiert.

Hier berühren sich die von Kaufmann beschriebenen Erfordernisse 1 und 3: Wo Vertrauen schwindet, schwinden auch Handlungsspielräume. Daher ist die Sanktionierung illoyalen Verhaltens, das das Vertrauen in sozialstaatliche Institutionen schwächt, Teil einer Strategie, um die Handlungsfähigkeit der staatlichen Akteure und ihre umweltsensible Reaktionsfähigkeit zu erhalten.

Auftrag von Kirche und Caritas ist es daher auch, dazu beizutragen, dass das Ausnutzen des Sozialstaats wirksam geächtet werden kann. Ein schmaler Grat! – und eine wirkliche Herausforderung, denn wir wissen, dass längst die pauschale faktenferne Verunglimpfung – z.B. von Bürgergeldempfängern als Schmarotzer und Faulenzer – jenes Vertrauen in die sozialstaatlichen Institutionen schon weit zerstört hat, das es zu verteidigen gilt. Aber es bleibt richtig: Wir müssen uns gegen die spalterischen Denunziationen zur Wehr setzen und gleichzeitig (!) deutlich machen, dass wir die missbräuchliche Inanspruchnahme von Sozialleistungen unsererseits verurteilen und helfen, ihr wirksame Riegel vorzuschieben. Das muss auch da gelten, wo es mit persönlichen Härten verbunden ist. Auch da, wo sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammentreffen, um auf Kosten der Sozialversicherung „sozial verträgliche“ Lösungen zu gestalten, höhlt das das Vertrauen in das Sozialversicherungssystem bei den Nicht-Begünstigten und Beitragszahlern faktisch aus.

Ja, und auch der Staat selbst kann zur Säge am Ast des Vertrauens werden, wenn er den sozialen Sicherungssystemen Leistungen aufbürdet, die erkennbar nicht mit der Beitragszahlung verbunden sind.

Der gut nachvollziehbare Zusammenhang zwischen dem, wofür ich meine Beiträge zahle und der Leistung, die mir aus der Sozialversicherung zufließt, wenn ich tatsächlich von einem Risiko betroffen bin, gegen das ich mich versichert habe, steht im Zentrum des Vertrauens, auf das die Sozialversicherungen angewiesen sind.

(4) Die politische (Ohn-)Macht des Christlichen

Wenn wir – historisch – verstehen, dass und wie sehr unser Sozialstaat auf christlichen Wurzeln beruht und sich einer lebendigen Wettbewerbsökumene als Quelle verdankt,

wenn wir – politisch – analysieren, dass der Sozialstaat den Herbst der Reformen konzeptionell stringent nur bestehen wird, wenn sich die Macht des Christlichen zu seiner Weiterentwicklung mobilisieren lässt und

wenn wir – kirchenpolitisch – bekräftigen, dass die Glaubwürdigkeit der Kirchen eng mit ihren sozialen Diensten verbunden ist und das Vertrauen in ihre Bedeutung vom glaubwürdigen Zeugnis tätiger Nächstenliebe geprägt wird,

dann ist all das allerdings noch keine Antwort darauf, ob und wie die Kirchen ihre gefühlte und faktische Ohnmacht im öffentlichen Diskurs überwinden können.

Es wurde kein Vertreter der Kirchen in die Staatsreforminitiative berufen²² (als Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes bin ich als Einzelpersönlichkeit und Wohlfahrtsverbandsvertreterin zur Mitwirkung eingeladen worden), es werden von Bundestag und Bundesregierung Corona-Enquête- und Sozialreformkommissionen gebildet, ohne dass Vertreter der Kirchen oder der Caritas Mitglied wären.

Das Verständnis der (religiösen) Tiefengrammatik unseres Sozialstaats braucht aber politisch aktive Christen und Christinnen, die in solchen Gremien mitwirken und mitdiskutieren und die überzeugen, indem sie wahrnehmbar ihr politisches Engagement und ihre ethischen Überzeugungen aus der Quelle biblischer Botschaften speisen.

Es braucht eine christliche Zivilgesellschaft, die die religiöse Tiefengrammatik des sozialstaatlichen Regelwerks (als Propädeutik der Hermeneutik der Sozialpolitik) studiert und mit passenden Vorschlägen für eine zukunftsgerichtete Reform die Sozialstaatsdebatte bereichert.

Gerade in den anstehenden demographisch angeschärften Reformen wird die Erarbeitung eigener überzeugender Vorschläge nötig sein, um Engführungen und kreative Blockaden zu überwinden. Fragen von Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit dürfen nicht auf Fragen von Bedürftigkeit zurückgestutzt werden und in der Pflegepolitik ist die Freiheit, für die Pflege in verschiedenen Formen vorzusorgen mit der Verpflichtung zu verknüpfen, die so erworbenen Vermögen für die Pflege dann auch tatsächlich einzusetzen und nicht missbräuchlich zu „verstecken“.

²² Die Ergebnisse der Initiative, die im Winter 2024/25 unter Schirmherrschaft des Bundespräsidenten ins Leben gerufen wurde, liegen inzwischen gedruckt vor: Julia Jäkel, Thomas de Maizière, Peer Steinbrück, Andreas Voßkuhle, Initiative für einen handlungsfähigen Staat, Freiburg 2025.

Wie in diesen Tagen bei der Debatte um das Wehrdienstmodernisierungsgesetz geht es bei der anstehenden Debatte um die **Pflegereform** um Generationen- und Geschlechterfragen, um ein freiheitliches Menschen- und Ordnungsverständnis, um Entscheidungen unter Unsicherheit und Verlässlichkeit – Fragen, auf die Antworten zu geben zu den Kernkompetenzen politisch verantwortlicher Christinnen und Christen zu zählen ist.

Die soziale Macht des Christlichen profitiert(e) über Jahrzehnte in (West)Deutschland von der Macht der großen Zahl, aber auch eine kleiner gewordene Zahl von Christinnen und Christen kann – wie die Geschichte der DDR zeigt – einflussreich sein, wenn sie sich (1) als **politische Kraft der Zivilgesellschaft** versteht, (2) **Repräsentanten** findet, die einen und nach außen überzeugen und wenn dies (3) die sozialen Fragen nach jenen **Wertegrundlagen** zu beantworten helfen, die dem Sozialstaatssystem Deutschlands innewohnen.

Dabei scheint es mir wichtig, die religiöse Tiefengrammatik unseres Sozialstaats nicht auf die ursprünglich prägenden christlichen Kulturimpulse zu verengen. Mit der religiösen Pluralität Deutschlands werden die dynamischen Veränderungsprozesse des Sozialstaats ethische Impulse gut gebrauchen können, die von jüdischen oder muslimischen Organisationen in die Debatten getragen werden. Gerade auch die Missbrauchsanfälligkeit des sozialen Systems und die Notwendigkeit, auf allen Akteursebenen für die Fairness der Inanspruchnahme zu werben, lässt eine Engführung auf die soziale Macht der Christinnen und Christen überholt erscheinen.

Die Umweltbedingungen, auf die es zu reagieren gilt, sind dabei keineswegs ausschließlich demographiebestimmt. Auch die digitale

Transformation ist ein „change-maker“ – für den Sozialstaat Chance und Notwendigkeit zugleich. Manches ist zu prüfen, Logiken sind neu zu erläutern, zu konkretisieren und nachzuschärfen. Gerade die „Zusage“ des Staates, für die institutionelle Organisation der solidarischen Vorsorge effiziente Strukturen zu schaffen, muss sich im Lichte digitaler Möglichkeiten neu bewähren.

In der Krankenversicherung sind wir m.E. davon weit entfernt – die Vielzahl der Kassen mit ihrem Pseudowettbewerb verschlingen erhebliche Mengen unnötiger Verwaltungskosten.

Für das Umlageverfahren könnte und müsste es in Zeiten digitaler Tools leichter werden, Demographiepuffer transparent und zurechenbar so abzusichern, dass sie vor politischen Eingriffen geschützt sind. Generationenlasten fair zu verteilen, ist die zentrale Aufgabe.

Soziale Macht des Christlichen werden wir als Christen dann entfalten, wenn es gelingt, Vorschläge zu unterbreiten, die überzeugen, die tragfähig sind und für deren Umsetzung die Unterstützung durch Mehrheiten gewonnen werden kann – keine leichte Aufgabe, aber leicht war es auch 1880 für Ludwig Windhorst und 1956 für Oswald von Nell-Breuning nicht. Ich hoffe, dass wir für diesen Anspruch weiter erfolgreich antreten – in einer säkularer werdenden Gesellschaft, die dem Christlichen die tätige Nächstenliebe als Kernkompetenz (noch) zutraut.

(5) Da kann ja jeder kommen

Wir als Caritas machen den skizzierten Anspruch im Rahmen unserer Jahreskampagne vernehmlich. Unter dem Claim „Da kann ja jeder kommen. Caritas öffnet Türen“ wirbt sie mit Nachdruck für den Erhalt

nicht nur unserer Einrichtungen und Dienste, sondern für den Sozialstaat insgesamt.

Beim Kampagnenstart in Nürnberg im Januar habe ich – ausgestattet mit Hammer und Nagel – unsere Sozialstaatsthesen²³ an die erste rote Tür angeschlagen, die wir dort im Straßenraum, vor dem Caritas-Pirckheimer-Haus, aufgestellt haben. Gemeinsam mit Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker_innen habe ich Punkte für „Lieblingsthesen“ verteilt.

Sozialpolitik ist für alle da – so lautete These Nr. 1.

Sozialpolitik ist Generationenpolitik These Nr. 2.

Beide sind unmittelbar auf das gerichtet, was der **Herbst der Reformen** uns bescheren wird:

„Wir leben in einer Welt, in der jeder und jede jederzeit von Lebenskrisen aller Art getroffen werden kann. Schnell münden Krisen in existenzvernichtende Abwärtsspiralen. Es braucht eine Sozialpolitik, die mit einem leistungsfähigen beitragsbasierten Sozialversicherungssystem verpflichtende (Eigen-)Vorsorge und solidarischen Ausgleich verbindet. Zusammen mit einer tragfähig vernetzten sozialen Infrastruktur ist die Sozialversicherung Herzstück unserer Sozialpolitik für alle.“ (These 1)

„Die größte akute Herausforderung der Sozial- ebenso wie der Wirtschaftspolitik ist die Demographie. Die damit verbundenen

²³ Die Thesen sind nachzulesen auf der Homepage des Dt. Caritasverbandes auf der Kampagnen-Seite unter www.caritas.de und liegen in schön gelayouteter Fassung im Foyer aus.

Anforderungen - gerade in der Pflege – können nur im Miteinander der Generationen bewältigt werden.“²⁴ (These 2)

Klimasozialpolitik, digitale Sozialpolitik, eine Sozialpolitik der starken Zivilgesellschaft und Partnerschaften, auch der Co-Produktion von Haupt- und Ehrenamt – das alles folgt in den nächsten Punkten, die ich nicht alle zitieren will, bis deren letzter Punkt die wichtige Vertrauensfrage noch einmal aufgreift, die ich zu Anfang meines Vortrags angesprochen habe:

„Ein zukunftsähiger Staat handelt heute für morgen. Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. In die unparteiliche Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung.“ Dieses ist durch die Populisten längst angezählt. „Wir brauchen eine Staatsreform, die den Föderalismus stärkt und Verwaltungshandeln effizient, wirksam und responsiv gestaltet. Starke Bundesländer und Kommunen sichern lebensnahe Leistung in Zusammenarbeit mit freien Trägern.“

Dass und wie sehr das, was wir hier als „responsive“ Qualitätsanforderung beschreiben – **das Hören auf die Bedürfnisse der Menschen** – die besondere Stärke der Wohlfahrtsverbände als **Innovationsmotoren eines Sozialstaats für alle** ist und bleiben sollte, will ich mit einer kleinen Abschlussgeschichte verdeutlichen.

Sie spielt im Februar des Jahres. Eine weitere Rote-Tür-Aktion mit mir fand in München statt. Im Anschluss an den Sonntagsgottesdienst war die Kirchengemeinde eingeladen, mit dem DiCV-Direktor und mir die

²⁴ Ich muss wohl nicht eigens darauf hinweisen, dass dabei auch Fragen der Geschlechtergerchtigkeit erneut eine Rolle spielen müssen und latent immer wieder in Gefahr sind, an den Rand gedrängt zu werden. Die Reform der Witwenrente und ihre Überführung in ein permanentes Antwortschaftssplitting bleibt eines dieser Desiderate. Zur Bedeutung der Geschlechtergerechtigkeit in der Sozialverkündigung s. Paulina Hauser, Menschenrechtsverletzungen an Frauen, Baden-Baden 2024, S. 32f.

Sozialstaatsthesen zu diskutieren und Punkte zu verteilen. Nachdem einige Kirchgänger 50plus ihre Punkte angeklebt und ihre Erwartungen formuliert hatten, bat ich – Stichwort Generationengerechtigkeit 😊 - einen Messdiener, seine Lieblingsthese zu liken. „Mobilität schafft soziale Teilhabe“ war das für mich überraschende eindeutige Ergebnis, das der 11jährige ohne Umstände begründen konnte:

„Die Caritas hat doch so einen Fahrdienst, mit dem sie alte Leute in die Kirche transportiert. Das finde ich gut, das zeigt doch, worum es geht. Wenn die Menschen nicht mehr alleine dahin kommen, wo sie andere Menschen treffen können, werden sie einsam. Ihre Mobilität zu fördern, schafft soziale Teilhabe.“

Solange noch Menschen wie der 11jährige Messdiener verstehen, wo die sozialen Exklusionsrisiken lauern und uns als Kirche und Caritas als Problemlöser mit seismographischer Kompetenz wahrnehmen, solange ist es mir um die soziale Macht des Christlichen nicht bange.

Ich freue mich, Sie heute im Anschluss an den Vortrag gemeinsam mit dem DiCV Dresden dazu einladen zu dürfen, hier und heute an unserer roten Tür – zwar keine Lieblingsthese zu punkten, aber - Fotos für Ihren Social-Media-Kanal aufzunehmen. Jedes Foto, jeder Post wird die soziale Macht des Christlichen, da sind wir sicher, ein kleines bisschen stärken.